

Inhalt

Vorwort | 9

Einleitung | 17

Zur Ontologie von Vergangenheit und Bewältigung

Unumgänglichkeiten, Möglichkeiten und Unschärfen | 23

Das Überdauern des Vergangenen | 23

Struktur und Ereignis | 25

Zeitschichten | 27

Vergangenheitsbewältigung als Teil
eines allgemeinen Prinzips | 28

Das Überdauern des Unverfügbaren | 31

Evolutionäres Erbe | 31

Natürliche Umwelt und zweite Natur | 32

Psychosoziale Tradierungen | 33

Das Überdauern des Verfügbaren
im kulturellen Gedächtnis | 35

Vergangenheit und der menschliche Faktor | 39

Metaphorisches und mythologisches Denken | 39

Instabilität und Korruption der Erinnerung | 42

Erinnerung. Selbstbehauptung. Individuum | 45

Die Mittel | 47

Vergangenheitsbilder und Gesellschaft | 53

Anachronismen | 51

Vergangenheitsbilder und Herrschaft | 53

Sich im Schiffbruch an den Wogen festhalten? | 56

Ein kurzer Abriss moderner Vergangenheitsbewältigung

Von der Vormoderne bis Versailles 1919 | 59

Amnestie und Amnesie | 60

Westfälischer Friede und Völkerrecht | 62

Aufklärung, industrielle Revolution und Menschenrechte. | 65

Öffentlichkeit, Rechtsbewusstsein und Kriegsvölkerrecht | 70

Versailles 1919 | 73

Der Zweite Weltkrieg und die Anti-Hitler-Koalition | 79

Neue Erfahrungen, neue Wege | 79

Die Urmatrix moderner Vergangenheitsbewältigung | 87

Alliierte Differenzen West-Ost | 89

Vereinte Nationen und Menschenrechte

in den 1940er Jahren | 90

Zwischenbilanz | 97

Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg | 103

Bundesrepublik: Doppelspiel und Restauration | 106

Ende des Schweigens und innerer Neuanfang | 110

Die Achtundsechziger | 111

Der Beginn der ‚langen Welle‘ | 118

1970-2000: Vergangenheitspolitischer Gezeitenwechsel | 123

Wiederkehr des Neoliberalismus | 123

Hayeks „Weg zur Knechtschaft“:

Die politische Umsetzung | 128

Liberalisierung – Finanzkrise – politische Strukturkrise | 131

Die Verlagerung politischer Macht | 133

Freihandelszonen vs. staatliche Rechtsetzungsmonopole | 135

Konkurrenz privater und

öffentlicher Rechtsetzungssphären | 140

Ordnungspolitische Druckmittel und Machtverschiebungen | 140

Die Globalisierung der Vergangenheitsbewältigung | 145

Friedenssicherung, Völkerstrafrecht, Menschenrechte | 145

Geopolitische Strategien der Vergangenheitsbewältigung | 151

Zur ‚Politökonomie tiefer Krisen‘ | 151

‚Transitologie‘ | 156

Deutsche (Wieder-)Vereinigung und zweite Bewältigung | 162

Deutschland und der globale Aufstieg

des Holocaust-Paradigmas | 179

Debatten, Deutungen und Veränderungen | 182

Zwischenbilanz | 190

Das dritte Jahrtausend: Zwickmühlen, und Rückschläge | 195

Abschottung vs. Globalisierung | 197

Rückkehr der alten Geopolitik | 200

Am Scheideweg: Faustrecht oder Völkerrecht? | 208

Geschichtswissenschaften und Vergangenheitsbewältigung im engeren Sinn

Zwischen Sollen und Sein: Begriffliche Probleme | 217

Systemwechsel zur Demokratie? | 220

Bewältigung und Ökonomie | 224

Zwischen Fortschrittsglauben und Ambivalenz | 229

Vergangenheitspolitik heute: Kontinuitäten und Abbrüche | 233

Geschichtspolitik | 237

„Gute“ vs. „schlechte“ Geschichtspolitik | 241

Die Fragwürdigkeit des Aushandlungsbegriffs | 243

Der strukturelle Kern von Geschichtspolitik | 247

Nachwort | 253

Anmerkungen | 263

Quellen und Literatur | 397

Einleitung

Im Februar 2015 verortete die „SZ“ unter der dramatischen Überschrift „Das Ende der Ruhe. In immer dichterter Folge branden die Krisen an Europas Grenzen“ die plötzliche Konfrontation Europas mit einer ganzen Reihe von neuen Problemen, darunter die Spannungen zwischen dem Westen und Russland und die Bedrohung durch Cyber-Kriege.⁶ Nun, jeder, der die Zeitläufte halbwegs verfolgt, kann dem beipflichten, und die Liste ließe sich beliebig erweitern, etwa um die Bedrohung durch radikale islamistische Bewegungen, die wirtschaftliche und technologische Konkurrenz der Schwellenländer, allen voran China, um die instabile Lage im Nahen Osten und die daraus erwachsenden Flüchtlingsbewegungen etc. Doch lassen sich die weltweiten Entwicklungen nicht vollständig abbilden, ohne auch die andere Seite in den Blick zu nehmen: die Bedrohungen, die aus der inneren Entwicklung der westlichen Staaten, aus der Zunahme nationalistischer, antidemokratischer und autoritärer Tendenzen und aus der allmählichen Veränderung ihrer Werte- und Verfassungssysteme resultieren. „Hätte man 1991 vorausgesagt,“ schrieb Gustav Seibt 2015 in der „SZ“, „dass die Vormacht des Westens schon zehn Jahre später wesentliche Teile ihres normativen Fundaments – rechtsstaatliche Grundsätze, Folterverbot, das Völkerrecht – binnen weniger Monate über Bord werfen würde, niemand hätte es geglaubt.“⁷

Seibts Kommentar spiegelt die Desillusionierung wider, die inzwischen an die Stelle der Blütenträume von Fortschritt, Wohlstand und Freiheit nach dem Mauerfall 1989 trat. Und in der Tat sind die Zeiten unruhig, die Feuilletons voller düsterer Betrachtungen, der Ton in Politik und Zivilgesellschaft ist zuweilen von schrillum Alarmismus, die Reden voller gegenseitiger Vorwürfe, Schuldzuschreibungen, Beschwörungen und Dramatisierungen. Die Politik ist unberechenbarer geworden, alte Gewissheiten gelten nicht mehr. Die bürgerliche Mitte in Europa hat, unübersehbar, ihre in der alten bipolaren Ordnung nach dem Zweiten Weltkrieg lange unbestrittene Deutungs- und Handlungsmacht eingebüßt. Auch in den Kernländern der Demokratie sind Tendenzen zu quasi permanentem Notstandsrecht, zur Auflösung verfassungsmäßiger Gewaltenteilung, zur Einschränkung der Grundrechte und zur allmählichen

Distanzierung von den Menschenrechtskonventionen keine Ausnahme mehr.

Aber kommen die politischen Krisen wirklich so überraschend? Und sind die rechtsstaatlichen Irrwege des Westens, wie sie von H.A. Winkler diagnostiziert wurden, lediglich durch äußere Bedrohungen evoziert? Sind sie als notwendige Reaktion auf Gefährdungen durch terroristische Angriffe zu interpretieren und damit, quasi durch die Hintertür, zu legitimieren? Daran sind Zweifel angebracht. Die Gründe liegen tiefer, und dafür muss man schon einige Jahre zurückgehen. Bereits vor den rigorosen Sicherheits- und Gefahrenabwehrgesetzen nach dem Anschlag auf das World Trade Center am 11. September hatte es an Warnungen vor allmählichen Verwerfungen im Gefüge der westlichen Staaten in den vergangenen 25 Jahren nicht gefehlt. Sie bezogen sich auf die schon früher einsetzende schleichende Erosion der lange gepflegten gesellschaftlichen und ökonomischen Stabilität, auf die Veränderungen der sozialen und politischen Errungenschaften, die, teuer erkaufte, aus den Erfahrungen des blutigen 20. Jahrhunderts resultierten, sie bezogen sich auf das schwindende Vertrauen der Bürger in die Versprechen des Gesellschaftsvertrages, deren Erosion bereits mit dem sukzessiven ordnungspolitischen Kurswechsel der transatlantischen Staaten in den 1980er Jahren begann.

Diese Gefährdungen im Spannungsfeld von Ökonomie, Stabilität der Demokratie und Lehren aus der Vergangenheit hatte der verstorbene Herausgeber der FAZ, Frank Schirrmacher, im Blick, als er zu Beginn der griechischen Finanzkrise davon sprach, „wie massiv gerade moralische Übereinkünfte der Nachkriegszeit im Namen einer höheren, einer finanzökonomischen Vernunft zerstört werden“.⁸ Ähnlich der englische Historiker Tony Judt: Heute seien die Gründe vergessen, warum „wir den Sozialstaat geerbt haben und wie er entstanden ist“ – jenen modernen Wohlfahrtsstaat, der die Funktion gehabt habe, eine „Wiederkehr der Vergangenheit zu verhindern – Wirtschaftskrisen und jene politische Instabilität, die zu Faschismus und Kommunismus geführt hatte“.⁹ Und:

„Nicht zuletzt dank der Leistungen des Sozialstaats, der in der Nachkriegszeit errichtet wurde, verloren die Bürger allmählich jene beängstigende Unsicherheit, die die Politik zwischen 1914 und 1945 beherrscht hatte. Inzwischen gibt es Gründe für die Annahme, dass diese Sicherheit nicht von Dauer ist. In den westlichen Demokratien macht sich Angst wieder als wirksames Element des politischen Lebens bemerkbar.“¹⁰

Und schließlich hatte der Sozialdemokrat Klaus von Dohnanyi bereits kurz nach der Jahrtausendwende den US-Historiker Brustein zitiert, der die Wahlerfolge der Nationalsozialisten nicht in erster Linie auf Antisemitismus oder irrational-nationalistische Propaganda, sondern auf Hit-

lers politische und soziale Versprechungen in einer Phase großer sozialer Not zurückführte:

„Was wäre, wenn wir die entscheidenden Gründe für den Aufstieg der Nazis verfehlt hätten? Wären wir in der Lage, einen neuen Hitler, eine neue Nazi­partei auszumachen? [...] Wenn die wirtschaftlichen Bedingungen, das Wahl- und Parteiensystem und die politischen Alternativen Deutschlands unter den Weimarer Bedingungen so in den USA, in Frankreich, Schweden oder Großbritannien bestanden hätten, dann hätten Millionen von Menschen in diesen Ländern möglicherweise genau das getan, was Millionen Deutsche taten – die NSDAP zu wählen und ihr beizutreten.“¹¹

Angesicht tiefgreifender Umwälzungen, so Dohnanyi, sei der Aufbau stabiler und funktionstüchtiger institutioneller Strukturen des europäischen Sozialstaates eine der vordringlichen Lehren aus der Vergangenheit – „[...] lebenswichtige Stabilitätsfragen für die kommenden stürmischen Jahre, für Zeiten, die gefährlicher werden“.¹²

Schirmmacher, Judt, Dohnanyi – drei von vielen Stimmen, die ein profundes Unbehagen am gesellschaftlichen Umgang mit der Vergangenheit signalisieren. Letztlich schwingt dabei die Frage mit, ob das Projekt der Vergangenheitsbewältigung nicht in wichtigen Teilen sein Thema verloren hat und vom Weg abgekommen ist. Die tiefe Skepsis steht in deutlichem Gegensatz zu den eingeschliffenen Ritualen des Mahnens und Beschwörens, des Gedenkens und Erinnerns zur weit verbreiteten Überzeugung, dass Deutschland das Musterland des Umgangs mit der eigenen Vergangenheit ist, ein Land, das sich unnachgiebig und beharrlich seiner Verantwortung gegenüber seiner jüngeren Geschichte stellte und daraus jene Lehren zog, welche nach menschlichem Ermessen die Geschehnisse im Europa der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts unwiederholbar machen sollten. Die Befassung mit dieser Vergangenheit, insbesondere mit den Urkatastrophen des 20. Jahrhunderts, dem Ersten Weltkrieg und dem Holocaust erlebte in den letzten Jahrzehnten eine Konjunktur, die in den 1990er Jahren niemand erwartet hatte. Die wissenschaftlichen und politischen Deutungsversuche über Aufkommen, Wesen und Ziele des Nationalsozialismus und die pädagogischen, gesellschafts-, mentalitäts- und geschichtspolitischen Konsequenzen, die man daraus zog, sind inzwischen ebenso wenig überschaubar wie die Zahl der Gedenkstättengründungen, Veranstaltungen, Initiativen und Forschungsprojekte.

Diese Permanenz der Erinnerung und ihre zunehmende Intensität weckte nicht nur Unbehagen an den Inhalten und Formen, sie weckte auch Argwohn hinsichtlich der Motive der Protagonisten: Vor einiger Zeit erschien eine Ausgabe von „Ästhetik und Kommunikation“ unter dem Titel „Amoklauf des Gedenkens“. Mit dem Titel, so Dieter Hoff-

mann-Axthelm im Editorial, renne man an „gegen das Ausmaß, in welchem derzeit der Zugang zu Geschichte und Vergangenheit sich auf öffentliche Gedenkrituale zu verengen scheint“. Das Verschwinden der Gegenwart hinter einer Gedenkflation erfordere die Frage nach dem politischen Nutzen und nach den zuarbeitenden Institutionen und Interessen.¹³

Welche Aspekte der Vergangenheit oder besser: welche Lücken und Schwächen ihrer Bewältigung mochten die Veranlassung dazu sein, die breit ausgetretenen Pfade der öffentlichen Erinnerungskultur zu verlassen und den kritischen Rekurs auf die Vergangenheitsbewältigung mit sozialen und ökonomischen Gefährdungen zu konnotieren? Offensichtlich der Umstand, dass Rückgriffe auf die jüngere Vergangenheit sehr viel mehr zu umfassen hätten als die stets notwendigen Warnungen vor dem Aufkommen neuer Diskriminierungswellen. Und in der Tat kann ein hoher rhetorischer und ritueller Aufwand ein trügerisches Gefühl gesellschaftlicher Sicherheit erzeugen, das aber auch nicht vor der Gefahr schützt, wieder in jener Vergangenheit zu landen, die man unter keinen Umständen nochmals erleben wollte. Die Zweifel an der Wirksamkeit der Erinnerungskultur werden nicht geringer dadurch, dass 2015, 70 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs, die lange gepflegte Erinnerungsgemeinschaft der alliierten Antihitler-Koalition zerbrochen ist¹⁴ und in demselben Jahr Mitglieder der jüdischen Community in Frankreich aufgerufen wurden, ihre Koffer zu packen, um nach Israel überzusiedeln, das ihnen mehr Sicherheit bietet.¹⁵ Der erste Fall zeigt, wie schnell sich historische Situationen verändern können, der zweite, wie wenig selbst tief verankerte Erinnerungskulturen in der Lage scheinen, Einfluss auf politisches Handeln zu nehmen – zumal auch die geschichtspolitischen Versuche der 1990er Jahre als gescheitert angesehen werden müssen, das Thema Holocaust als gemeinsamen Nenner der europäischen Union und des westlichen Zusammenhalts zu verankern.¹⁶ Das Projekt wurde von zahlreichen Nationalstaaten nur unter Vorbehalt oder unter Druck angenommen und verlor in Krisenzeiten schnell seine Bindekraft. Hingegen scheinen heute eher wieder Bedrohungsszenarien über wirkliche oder eingebildete innere und äußere Gegner zu dominieren. Von daher mutet der Befund H.A. Winklers, dass die Lehren nachwirken, die man diesseits und jenseits des Atlantik aus der gemeinsamen Geschichte gezogen habe, bereits mit Erscheinen seines Buches überholt an. Auch seine Folgethese, dass etwa ein Krieg zwischen den Mitgliedsstaaten des Atlantischen Bündnisses und der Europäischen Union „vollends undenkbar geworden“ sei, muss als sehr gewagt gelten.¹⁷ Undenkbar mag vieles sein, aber das schließt nicht aus, dass es nicht dennoch eintreten kann. Für undenkbar

hatte man 1913 schließlich auch den Ausbruch eines großen Krieges gehalten. Damals legte ein gewisser Normann Angell überzeugend dar, dass Weltkriege wegen der engen wirtschaftlichen Verflechtung der Länder im Zeitalter der Globalisierung unmöglich seien. Das Buch wurde zum Weltbestseller und fand allgemeine Zustimmung, nicht nur bei Intellektuellen. Der damalige Präsident der Stanford University war nach der Lektüre von der Stabilität der politischen Großwetterlage überzeugt:

„Der große Krieg in Europa, der ewig droht, wird nie kommen. Die Bankiers weden nicht das Geld für solch einen Krieg aufreiben, die Industrie wird ihn nicht in Gang halten, die Staatsmänner können es nicht. Es wird keinen großen Krieg geben.“¹⁸

Angells Text kam unter dem Titel „The Great Illusion“ heraus, womit eigentlich beabsichtigt war, die weitverbreiteten unterschweligen Ängste vor einem kommenden Kriege zu zerstreuen. Heute wissen wir, dass nicht die Angst vor dem Krieg eine Illusion war, sondern der Friedensoptimismus des Titels. Über diese bittere Ironie können wir, die hundert Jahre später Lebenden, den Kopf schütteln, aber es gibt keinen Grund, uns selbst für schlauer zu halten.

Tatsächlich war man seinerzeit finanziell aufs Engste miteinander vernetzt, man bezog sich auf dieselben Traditions- und Wissensquellen, auf dieselben exponentiell-dynamischen Entwicklungsmodelle und Strategien zur Beschleunigung in Zeit und Raum, man teilte gemeinsam die Begeisterung für Technik und Naturwissenschaften; man teilte auch die Überzeugung, dass auf dem Wege des immerwährenden industriell-wissenschaftlichen Fortschritts die Verbesserung des Lebensstandards und die Fähigkeit der Nationen zur Behauptung in der internationalen Konkurrenz gewährleistet sein würde¹⁹; man beschwor die Kraft der europäischen Gelehrtenrepublik, man pflegte zwischen den nationalen Eliten einen regen kulturellen und ökonomischen, zwischen den europäischen Herrscherdynastien einen engen familiären Austausch. Und der Krieg kam trotzdem.

Wenn selbst gestandenen Historikern wie Christopher Clark auch hundert Jahre später nicht viel mehr einfällt als seinem Buch über die Vorgeschichte und die Ursachen des Ersten Weltkriegs den Titel „Die Schlafwandler“ zu geben, so ist das bei aller Belesenheit und bei allem Fleiß doch Ausdruck einer gewissen analytischen Hilflosigkeit gegenüber der Komplexität des damaligen Geschehens und gegenüber den Schwierigkeiten, die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen.²⁰ Gleichwohl bieten sich auch ihm für die derzeitigen globalpolitischen Konstellationen gewisse Parallelen zur Situation vor 1914 an.²¹

Wie man sieht, ist die Sache schwierig – und gerade deshalb gibt es genug Gründe, um vor dem Einstieg in die konkrete historische Analyse einige Klärungen vorzunehmen, die unser Verhältnis zur Vergangenheit überhaupt und die allgemeinen Bedingungen, Grenzen und Möglichkeiten ihrer Wahrnehmung und Bewältigung betreffen.